

Medienmitteilung
Bern, 13. März 2015

Bundesrat schwächt KMU Finanzplatz

In seiner heutigen Diskussion über das Finanzdienstleistungsgesetz und das Finanzinstituts-gesetz hat der Bundesrat das wichtigste Thema verschwiegen: Das Paket verzerrt den Markt zu Gunsten der Grossinstitute. Unabhängige Vermögensverwalter, Finanzplaner, Treuhänder und andere werden mit enormem Mehraufwand belegt. Der sgv hält beide Gesetze für überflüssig und schädlich.

Mit beiden Gesetzen werden Anleger, d.h. Privatpersonen wie auch KMU weniger Auswahl an Finanzdienstleistungen haben. Die Kosten für Beratungen werden steigen. Per Gesetz sollen Klein-anleger von Beratungen ausgeschlossen werden. Damit benachteiligen das Finanzdienstleistungs-gesetz Fidleg wie auch das Finanzinstituts-gesetz Finig direkt auch die Kunden.

Ein Gesetzespaket, das KMU diskriminiert und Kunden von der Finanzberatung ausschliesst, ist schlicht nicht annehmbar. Der sgv als grösster Dachverband der Wirtschaft verlangt einen sofortigen Marschhalt. Der Bundesrat soll endlich aufhören, die Bevölkerung und die Wirtschaft mit Regulierun-gen und Zusatzkosten zu belasten.

Weitere Auskünfte

Hans-Ulrich Bigler, Direktor, Tel. 031 380 14 14, Mobile 079 285 47 09

Henrique Schneider, Ressortleiter, Tel. 031 380 14 14, Mobile 079 237 60 82

Die Nummer 1: Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der sgv 250 Verbände und gegen 300 000 Unternehmen.